

Volks-Zeitung

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Mit „Jede Woche Musik“

Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Hausgarten-Zig Techn.Zeitung Witzblatt „ULK“



Verlags- und Druckerei Rudolf Mosse, Berlin S.W. ... Druck und Verlag Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Die Schweiz darf keine Spione dulden! Thälmann abgesägt - Elternversammlung

Nur Misserfolg?

Das Ergebnis der neunten Bundesversammlung

Von Professor Dr. Hans Wehberg. Die neunte Versammlung des Völkerbundes in Genf hat keine Überraschungen gebracht. Sie hat insbesondere in der hochbedeutenden Abrüstungsfrage, auf deren baldige Lösung so viel ankommt, keinen Schritt vorwärts getan.

Direktor Hennigsen vor den Eltern

Die Vorkommnisse an der Königstädtischen Oberrealschule

Das Verschwinden des Obersekundäners Bernhard Janssen von der Königstädtischen Oberrealschule hatte das Lehrerkollegium veranlasst, auf gestern Abend eine Elternversammlung einzuberufen, in der auch über den Fall des Unterprimaners Schumann, der seinen Ordinarius und seine Mitschüler mit dem Revolver bedroht hatte, und den Fall des Schülers Schulz, der ebenfalls vor einiger Zeit aus dieser Lehranstalt für mehrere Tage verschwand, Aufklärung gegeben werden soll.

Der Direktor behandelte dann den Fall des Schülers Schulz. Dieser 14jährige Obertertiar sei schon einmal vor einjährig Jahren allein nach Hamburg gefahren, wahrscheinlich aus Abenteuerlust.

Der Leiter der Anstalt, Oberstudienrat Hennigsen, erklärte zu Anfang seiner sympathischen Ausführungen, dass die Frage geklärt werden müsste, ob das Schulsystem, in das auch die Anstalt eingegliedert sei, Schuld an den Vorfällen trüge, oder aber die Königstädtische Oberrealschule als einzelner Betrieb. Er kam dann auf den Fall Schumann zu sprechen. Der Schüler sei ein äusserst begabter Mensch.

Der Direktor behandelte dann den Fall des Schülers Schulz. Dieser 14jährige Obertertiar sei schon einmal vor einjährig Jahren allein nach Hamburg gefahren, wahrscheinlich aus Abenteuerlust. Es habe sich später herausgestellt, dass er ein Buch „Der blinde Passagier“ gelesen habe und unter dem Einfluss dieser Lektüre genau so wie der Held der Geschichte zu handeln versucht habe. Schulz mit seiner blühenden Phantasie passe besser in ein Landziehungsheim, aber nicht in eine Schule der Grossstadt mit hohen roten Mauern, die eben fast nur auf das formale Bildungssystem eingestellt sei.

Eines Tages habe er einen Anschlag am schwarzen Brett erscheinen lassen, in dem er seine Kameraden aufgefordert habe, gegen das „Misdianige deutsche Schulwesen“, das schon so viel Jugendlichen das Leben zerstört habe, anzukämpfen. Schumann habe dann in diesem Auftrufe folgende Forderungen aufgestellt: Höchstens 30 Unterrichtsstunden wöchentlich, Abschaffung der Schulstrafen, nicht mehr als eine Stunde Hausarbeit täglich und Absetzung aller sich nicht zur Erziehung eignenden Lehrer. Der Aufruf habe geschossen mit den Worten, dass die Jugend von den Erziehungsbossen an grünen Tisch nicht gelötet werden könnte und weiterleben werde.

das unsere Schule an einem Zuviel an Fächern und Wissensstoff leidet.

als unzureichend erwiesen haben. Eingehend geprüft werden soll ferner, ob der Beschluss von Rat und Bundesversammlung ein Gutachten des Weltgerichtshofs einzuholen, Stimmeneinheit oder Stimmenmehrheit erfordert. Kann ein Gutachten mit Stimmenmehrheit eingefordert werden, so besteht nicht mehr die Möglichkeit, dass durch den Widerspruch einer Partei die Einholung des Gutachtens verhindert wird.

In anderen Ländern käme man mit viel weniger aus. Die Schule stöhne unter dem Berechtigtwesen, besser Berechtigtwesen. Jetzt habe sogar eine Schumacherernennung gefordert, dass der eintretende Lehrling das „Einjährige“ haben müsse. Das Schreckgespenst des Abituriums, bei dem eine Prüfung vor den Behörden abgelegt werden müsste, bedeute für Schüler, Lehrer und Eltern eine unerträgliche Belastung. Man solle die Königstädtische Oberrealschule nicht als eine Kaserno ansehen, sondern Vertrauen zu ihr haben.

Hat somit die Bundesversammlung hinsichtlich des Verfahrens zwecks Beilegung internationaler Konflikte wertvolle Anregungen gegeben, Entwürfe ausgearbeitet und Untersuchungen angeordnet, so hat man leider die grundlegenden Fragen einer Kodifikation des Völkerrechts allzu vorsichtig angepackt. Festgehalten hat man allerdings an dem Beschlusse, für 1929 eine Kodifikationskonferenz einzuberufen. Dagegen hat man eine Entscheidung über den nächsten Zusammentritt der Kodifikationskommission bis auf nächste Jahr vertagt. Da es im Augenblick noch nicht feststeht, ob und wann die Kommission ihre Arbeiten fortsetzt, so darf die Resolution der Bundesversammlung, dass die Kodifikationskommission die wichtige Frage der Grundrechte und Pflichten der Staaten prüfen soll, nicht überschätzt werden. Wichtiger ist dagegen die Anregung, mit der Ausarbeitung eines systematischen Planes für die Kodifikation einen dreiköpfigen Juristenausschuss zu beauftragen. Dieser soll sich gleichzeitig damit beschäftigen, sämtliche internationalen Abkommen allgemeinen Charakters, soweit sie jedem Staate offen stehen, in einem

von Zeit zu Zeit neu herauszugebenden Gesetzbuch zu vereinigen.

Für die Unterbringung des Völkerbundes und damit für den regelmässigen Gang seiner Arbeiten von hervorragendem Wert ist der Beschluss, mit dem Bau des Völkerbundpalastes nunmehr zu beginnen und ihn im Genfer Park Ariana, also an anderer als der ursprünglich vorgesehenen Stelle, zu errichten. Man rechnet damit, dass der Palast in etwa fünf Jahren fertig sein wird.

Die anderen Beschlüsse der Bundesversammlung betreffen in der Hauptsache die Fortführung der bereits in Angriff genommenen Bestrebungen auf dem ungeheuer grossen Tätigkeitsfelde des Völkerbundes.

Hervorgehoben sei noch, dass alle Mitglieder des Völkerbundes ausser Argentinien, Peru, Bolivien und Honduras auf der Bundesversammlung vertreten waren. Die Ratswahlen hatten ein im wesentlichen erfreuliches Ergebnis: Es erfolgte der Eintritt Venezuelas und Persiens sowie der Wiedereintritt Spaniens in den Völkerbund. Spanien würde für wieder wählbar erklärt.

Das Hauptverdienst der Bundesversammlung besteht somit in dem grossen Verständnis, das sie den Arbeiten des Sicherheitsausschusses entgegengebracht hat. Die spätere Entwicklung des Völkerbundes dürfte in stärkster Masse besonders an die deutschen Vorschläge im Sicherheitsausschuss anknüpfen, welche die Bundesversammlung erfreulicherweise angenommen hat.